

Zusammen gute Lösungen finden

Geschäftsordnung in der Gemeinderatssitzung einstimmig erlassen

Mamming. (ez) Ausführlich wurde in der letzten Gemeinderatssitzung der Erlass der neuen Geschäftsordnung behandelt, die an das Muster des Bayerischen Gemeindetages angelehnt war. Besonders wies Bürgermeisterin Irmgard Eberl zusammen mit Geschäftsleiter Ludwig Meindl auf die Verschwiegenheitspflicht hin, gerade auch aus dem nichtöffentlichen Bereich, denn leider sind bereits aus der ersten nichtöffentlichen Sitzung Informationen nach außen gedrungen.

Bestand haben soll wie bisher die Information des gesamten Gremiums. Das öffentliche Protokoll der Verwaltungsgemeinschaft wird schriftlich an die Gemeinderatsmitglieder gegeben. Außerdem war es bisher so, dass beide Gemeinden eine gemeinsame Sitzung abgehalten haben, in der alle Gemeinderäte über gemeinsame Themen informiert wurden, auch das wird beibehalten.

Geregelt sind in der Geschäftsordnung die Zuständigkeiten der Bürgermeisterin. Diskussionsbedarf gab es bei den „finanziellen Freiheiten“. Auf Empfehlung des Gemeindetages wäre hier für die Gemeinde Mamming mit ihren 3342 Einwohnern ein Betrag von vier bis 5 Euro je Einwohner vorgesehen, Vorschlag von Seiten der Gemeinde lag mittig bei 4,50 Euro, somit ein runder Betrag von 15000 Euro im Einzelfall. Hingewiesen wurde dabei, dass Ausgaben sowieso nur in Abstimmung mit dem bereits genehmigten Haushaltsplan erfolgen können.

Peter Widl zog hier einen Vergleich mit anderen Gemeinden, wo deutlich nach unten mit dieser Betragshöhe abgewichen wird. Ursula Wagner und weitere Gemeinderatsmitglieder sehen die Gefahr, dass viele Projekte daher nicht mehr in den Gemeinderat zum Beschluss kommen, sondern „über die Köpfe

hinweg entschieden wird und nur noch eine Information im Nachhinein erfolgt“. Martina Krieger bat darum, die bisherigen Beträge beizubehalten. Johannes Eberl sprach sich dafür aus, dass eine gewisse Handlungsfähigkeit gewährleistet sein müsse. Markus Allmannshofer verwies darauf, dass ja im Haushaltsplan diese Mittel bereits eingeplant sein müssen. „Die Bürgermeisterin kann davon abweichend nicht einfach mehr ausgeben.“ Den empfohlenen Beträgen dürfe man durchaus Vertrauen schenken, er stelle den Antrag den Betrag auf vier Euro zu minimieren und damit eine Summe von 12500 Euro für den Einzelfall festzusetzen. Diesem Antrag wurde mit 14:3 Stimmen (Gegenstimmen Freie Wähler) zugestimmt. Näher erklärt wurden in diesem Zusammenhang die Begriffe Erlass, Niederschlagung, Stundung und Aussetzung der Vollziehung. Die Betragsgrenzen wurden entsprechend einstimmig angepasst.

Weiter ist in der Geschäftsordnung geregelt, dass die Vertretung der Gemeinde nach außen allein der Bürgermeisterin obliegt. Mindestens einmal im Jahr wird eine Bürgerversammlung abgehalten. Als Vertreter nach den weiteren Bürgermeistern ist vorgesehen, dass dies der dienstälteste Gemeinderat übernimmt, in diesem Fall Johann Kohlmeier. Peter Widl stellte den Antrag, Karl-Heinz Schöpf, der ja ein sehr gutes Wahlergebnis vorweisen konnte, als Vertretung festzusetzen. Dieser Antrag wurde mit 11:6 Stimmen (Befürworter Wählergemeinschaft und Freie Wähler) abgelehnt.

Ist ein Antrag nicht sofort behandelbar, sollte er möglichst auf der Tagesordnung der nächsten Sitzung sein, ist das nicht möglich, sind die Anträge in jedem Fall innerhalb von drei Monaten auf die Tagesordnung einer Gemeinderatssitzung zu setzen. Begründet wurde dies damit, dass die Vorbereitung oftmals ent-

sprechend Zeit einnehme, natürlich sei man bestrebt, die Punkte so schnell als möglich auf die Tagesordnung zu setzen. Weiter wurde einvernehmlich vereinbart, dass die Genehmigung der Niederschrift der letzten Sitzung auf der Tagesordnung aufzunehmen ist. Zudem erfolge künftig die Bekanntgabe der nichtöffentlichen Beschlüsse durch die Bürgermeisterin, sobald die Gründe für die Geheimhaltung weggefallen sind.

Die Gemeinde unterhält drei Gemeindefesteln, Bubach, Mamminger- und Mammingschwaigen und Mamming. Vorschlag von Seiten der Bürgermeisterin war, dass die Rathaustafel, die zur Wahl eingeführt wurde, die bisherige Tafel an der Kirchhofmauer, die in die Jahre gekommen ist, ersetze. Damit bestand Einverständnis.

Antrag zur Ausschussbildung

Peter Widl stellte den Antrag zur Bildung eines Bau- und Grundstücksausschusses, eines Personalausschusses sowie eines Rechnungsausschusses.

Irmgard Eberl ging darauf ein, dass die Prüfung der Jahresrechnung bisher aus der Mitte des Gemeinderates heraus erfolgte. Künftig wolle man dies so lösen, dass hier aus jeder Gruppierung ein Vertreter berufen wird und die Rechnungsprüfung somit als Viererteam vorgenommen wird. Die Besetzung wird jährlich wechseln, so dass jeder die Möglichkeit dazu habe, jede Gruppierung bestimmt ihren Vertreter selbst.

Bezüglich der Gründung der Ausschüsse informierte sie, dass der Gesetzgeber vorsieht, dass ein Ausschuss den Gemeinderat entlasten solle. Dieses Vorgehen ist besonders für größere Gemeinden gedacht. „Ich bin der Meinung, wir sollten diese Dinge im gesamten Gremium besprechen. Es sollte jeder aus erster Hand die Informationen erhal-

ten.“ Sie schlägt vor, bei Bedarf eine außerordentliche Sitzung dazuschicken zu schieben, um ein Thema speziell zu beratschlagen. Da die Sitzverteilung in einem möglichen Ausschuss nicht individuell möglich ist, appelliert sie dazu, die Entscheidungen in großer Runde zu treffen. Sie sieht das Bedürfnis, sich mit den Dingen intensiv zu beschäftigen, aber es sollen alle die gleichen Voraussetzungen und Informationsstand zu haben.

Peter Widl war der Meinung, dass Bau- und Grundstücksausschuss und Personalausschuss sicher nicht schaden würden. Klaus Pleintinger führte aus, dass es gerade auch bei größeren Projekten einen Architekten zur Information brauche, dieser müsste dann „doppelt aufklären und informieren“.

Josef Sedlmeier sah den Bedarf, dass intensivere Beratungen und Informationen durchaus notwendig sind, möchte dies aber lieber miteinander machen und zusätzliche Sitzungen zu speziellen Themen einberufen. Johann Schmid bat darum, alle Gemeinderäte mit deren Fachkompetenz ins Boot zu holen, denn aus dem Wissen könne die Gemeinde großen Nutzen ziehen.

Fazit der Bürgermeisterin war, „ich stehe für gründliche Informationen und dass wir uns Zeit miteinander nehmen, um gute Lösungen zu finden!“. Der Antrag zur Ausschussbildung wurde schließlich zurückgezogen. Die Geschäftsordnung wurde einstimmig erlassen.

Blühf

Verein für Gar

Frichlkofen. (ez) „Niederbayern blüht auf“ und auch beim örtlichen Verein für Gartenbau und Landschaftspflege wird dieses Motto gelebt. Auch wenn der Anbau der Blümmischung in diesem Jahr auf-